17. Kann eine Revision darauf gestützt werden, daß der Landgerichtspräsident ein regelmäßiges Mitglied der erkennenden Strafkammer für den Sitzungstag zur Teilnahme an den Verhandlungen einer anderen Kammer, welcher jenes Mitglied als Vertreter angehört, einberufen hat?

U. V. G. §§. 66. St. P. O. §. 377 Ziff. 1.

Sachsen-meiningensches Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 16. Dezember 1878 §. 22.

III. Straffenat. Ur. v. 5. Mai 1880 g. B. Rep. 983/80.

I. Landgericht Meiningen.

Aus den Gründen:

„Über die Besetzung der zweiten Strafkammer in der zur Frage stehenden Hauptverhandlung ergeben die Urteilsgründe, daß der der zweiten Strafkammer als ordentliches Mitglied, der ersten Zivilkammer als regelmäßiger Vertreter angehörende Landgerichtsrat R. zur Teilnahme an einer gleichzeitig stattfindenden Sitzung der durch Verhinderung ihres Vorsitzenden beschlußunfähig gewordenen ersten Zivilkammer vom Präsidenten einberufen und vom letzteren der zweiten Strafkammer für die fragliche Hauptverhandlung auf Grund des §. 22 des Sachsen-meiningenschen Ausführungsgesetzes vom 16. Dezember 1878 zum Gerichtsverfassungsgesetze und der für das laufende Geschäftsjahr vom Präsidium getroffenen Bestimmungen der Amtsgerichtsrat v. B. beigeordnet worden ist.

Die Staatsanwaltschaft glaubt nun das von der zweiten Strafkammer unter Teilnahme des Amtsgerichtsrates v. B. erlassene Urteil anz

§. 377 Biff. 1 St. P. O. wegen vorschriftswidriger Besetzung des erkennenden Gerichtes anfechten zu sollen. Sie geht von der Ansicht aus, daß die Frage, ob ein Fall der Verhinderung eines ständigen Mitgliedes einer Kammer und damit die Voraussetzung für die Einberufung des Stellvertreters gegeben sei, nicht mit Umgehung des Gerichtes vom Präsidenten entschieden werden dürfe, daß es vielmehr nach der in den §§. 61 ff. zum Ausdruck gekommenen Tendenz des Gerichtsverfassungsgesetzes, die Zusammenfassung der Abteilungen der diskretionären Gewalt des Präsidenten zu entziehen, für unzulässig erachtet werden müsse, daß der Präsident ein regelmäßiges Mitglied einer Strafkammer aus derselben ab und zu einer anderen Kammer, der dasselbe nur als Vertreter angehöre, einberufe.

Die Revision hat jedoch für begründet nicht erachtet werden können. Es steht allein zur Frage, ob das erkennende Gericht in der Hauptverhandlung vorschriftsmäßig besetzt gewesen ist. Man liegt vor, daß ein ordentliches Mitglied der zweiten Strafkammer in Folge seiner Einberufung zur ersten Civilkammer als regelmäßiger Vertreter an der Hauptverhandlung der vorliegenden Sache nicht teilgenommen hat. Ob der Verhinderungsfall in der ersten Civilkammer begründet war, und ob die Einberufung des Landgerichtsrates R. der etwa festgestellten Reihenfolge entsprach, war aber keinesfalls von der zweiten Strafkammer zu prüfen und zu entscheiden; vielmehr hatte dieses Gericht nur darauf zu achten, daß an Stelle des in der Hauptverhandlung nicht erschienenen Mitgliedes ein Vertreter teilnahm. Daß ein solcher in der Person des Amtsgerichtsrates v. B. erschienen ist und als Richter teilgenommen hat, daß weiter dieser Vertreter vom Präsidenten einberufen worden ist, ist vom Gerichte selbst im Protokolle und den Urteilsgründen aktensmäßig gemacht. Es ergibt sich aber auch weiter aus §. 22 des citirten Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze, daß die Amtsrichter des Herzogthumes verpflichtet sind, bei dem Landgerichte, in dessen Bezirke sie angestellt sind, die Vertretung eines Richters für einzelne Sitzungen zu übernehmen, und daß die Einberufung derselben nach einer vom Präsidium vor Beginn des Geschäftsjahres festzustellenden Reihenfolge durch den Landesgerichtspräsidenten zu erfolgen hat. Diese Bestimmungen sind auch durchaus im Einklange mit dem Gerichtsverfassungsgesetze, welches die Vertretung verhinderter Mitglieder des Landgerichtes und selbst des Oberlandesgerichtes durch ständig angestellte

Amtsrichter durchaus gestattet und über die Art der Einberufung der ständigen Richter als Hilfsrichter zu einzelnen Sitzungen der Landesjustizverwaltung freie Hand läßt. Wenn der citierte §. 22 in seinem letzten Absätze die Einberufung von Amtsrichtern nur dann für „statthaft“ erklärt, wenn die Vertretung des verhinderten Mitgliedes durch ein Mitglied des Landgerichtes „nicht möglich“ ist, so kann freilich die Frage aufgeworfen werden, ob die Absicht des Gesetzgebers, daß von der Einberufung der Amtsrichter nur im Notfalle Gebrauch gemacht werden soll, in der Fassung jener Bestimmung soweit zum Ausdruck gekommen ist, daß bei Außerachtlassung der Vorschrift im einzelnen Falle das unter Teilnahme des zugezogenen Amtsrichters erlassene Urteil aus §. 377 Ziff. 1 St.P.O. angefochten werden kann. Eine Erörterung dieser Frage erübrigt jedoch, weil in der Revisionsbegründung nicht behauptet worden ist, daß die Vertretung des in der Hauptverhandlung nicht erschienenen Landgerichtsrates R. durch den regelmäßigen Vertreter desselben, eventuell durch einen vom Präsidenten nach §. 66 des Gerichtsverfassungsgesetzes aus den übrigen Mitgliedern des Gerichtes zu bestellenden zeitweiligen Vertreter hätte erfolgen können. Nach dieser Richtung sind Thatsachen überall nicht angegeben. Was allein gerügt ist, die Abberufung eines ordentlichen Mitgliedes zur Teilnahme an der Sitzung der gleichzeitig tagenden ersten Civilkammer, begründet keinenfalls einen Revisionsgrund.“